Datum: 19.09.2026

FINANZ und WIRTSCHAFT

Finanz und Wirtschaft
8021 Zürich
044/ 248 58 00
https://www.fuw.ch/

Medienart: Print
Medientyp: Publikumsmedien
Auflage: 18'655
Erscheinungsweise: täglich

Seite: 7
Fläche: 49'766 mm²

Auftrag: 3007101
Themen-Nr.: 320021
Referenz:
60441d77-16e2-4c7a-b288-a798e6159566
Ausschnitt Seite: 1/2

Antrag zu 90% Eigenkapital für UBS-Töchter hat Chancen

DAMIEN MARTIN Bern

DEBATTE IM STÄNDERAT Die kleine Kammer streitet hitzig über die Regeln für die Grossbank und vertagt einen Entscheid auf kommende Woche.

Der Ständerat hat am Donnerstag über die neuen Eigenkapitalanforderungen für UBS beraten – und kam doch zu keinem Ergebnis. Erst kommenden Mittwoch soll das Geschäft während der laufenden Herbstsession wieder aufgenommen werden.

Die Debatte begann bereits mit einer erneuten Wendung. Der erst jüngst gestellte Nichteintretensantrag wurde von Antragsteller Andrea Caroni (FDP) überraschend zurückgezogen, nachdem er diesen am Vortag auch gegenüber dieser Zeitung noch argumentativ ausgeführt hatte. GLP-Ständerätin Tiana Moser kommentierte daher trefflich: «Ich habe noch selten ein Geschäft erlebt, das von so viel Spannung geprägt war.»

Nach dem Rückzug des Nichteintretensantrags und des Minderheitsantrags von Bischof, der einem solchen Antrag gleichgekommen wäre, standen der Chambre de réflexion, Erstrat in der Sache, weiter mehrere Konzepte zur Auswahl.

Harte und emotionale Debatte

Erstens das Konzept der Wirtschaftskommission des Ständerates (WAK-S), das die Unterlegung von Auslandstöchtern systemrelevanter Banken mit 50% hartem Eigenkapital (CET1) und 50% AT1-Anleihen vorsieht. Zweitens der Minderheitsantrag von Mitte-Ständerat Peter Hegglin, der die Unterlegung mit 90% CET1 beantragt. Drittens der Minderheitsantrag von SP-Ständerätin Eva Herzog, der auf die Übernahme der bundesrätlichen Position und damit 100% CET1 pocht.

Die verschiedenen Optionen wurden in der kleinen Kammer hart und teilweise emotional debattiert. SVP-Ständerat Hannes Germann, der von politischem Aktivismus sprach, reagierte auf den 90%-Antrag und befand, dass es am Ende des Tages keine Rolle spiele, ob es sich um 90 oder 100% handle. Beide Forderungen würden übers Ziel hinausschiessen. Auch der seit Kurzem parteilose (ehemals SP) Ständerat Daniel Jositsch war dieser Auffassung. Eine 100-prozentige Unterlegung wäre, als würde man vier Ersatzreifen im Auto mitführen. Während Hegglin betonte, dass er nicht lobbyiert wurde, zeigte sich SP-Ständerat Pierre-Yves Maillard beeindruckt ob der tiefgehenden Kenntnisse über Eigenkapitalfragen der Ratsmitglieder und bemerkte sarkastisch, dass die von UBS unterstützte rasche Weiterbildung der Ständeräte offenbar ihre Früchte getragen hat. Mitte-Ständerat Pirmin Bischof seinerseits zog Vergleiche mit der bekannten Aussage «Nie wieder Krieg». Und mahnte: «Wir sind Politiker und haben nicht die Interessen der Aktionäre von UBS zu verfolgen, wir haben die Interessen der Schweizer Steuerzahler zu vertreten.» Damit, so Bischof, müsse man mindestens 90% CET1 anpeilen.

UBS selbst bevorzugt wenig überraschend die 50%-Variante. Präsident Colm Kelleher sagte dazu am Donnerstag am Bankiertag in St.Gallen, UBS könne damit leben.

Votum von Keller-Sutter

In einer über zweieinhalbstündigen Diskussion haben die Ratsmitglieder so ihre weitgehend festgefahrenen Positionen zum Besten gegeben – und nichts entschieden. Eine erste Entscheidung dürfte nächsten Mittwochmorgen fallen, wo die Diskussion nicht mehr aufgenommen, aber Finanzministerin Karin Keller-Sutter noch zu Wort kommen wird.

Die Monsterdebatte zeigte damit vor allem eines. Die kleine Kammer ist trotz eingehender Beratungen der WAK-S weiter stark unterschiedlicher Meinung. Besonders augenfällig ist die Unentschlossenheit in der FDP-Fraktion, in welcher sich mehrere Mitglieder für Minderheiten aussprachen.

Dabei schien insbesondere der 90%-An-

Datum: 19.09.2026

FINANZ und WIRTSCHAFT

Finanz und Wirtschaft
8021 Zürich
044/ 248 58 00
https://www.fuw.ch/

Medienart: Print
Medientyp: Publikumsmedien
Auflage: 18'655
Erscheinungsweise: täglich

Seite: 7
Fläche: 49'766 mm²

Auftrag: 3007101
Themen-Nr.: 320021
Referenz:
60441d77-16e2-4c7a-b288-a798e6159566
Ausschnitt Seite: 2/2

trag von Ständerat Hegglin überraschend an Zuspruch von verschiedenster Seite zu gewinnen. FuW räumt dieser Variante bei Weiterführung des Geschäfts am kommenden Mittwoch substanzielle Chancen in Konkurrenz zum WAK-S-Antrag ein.

Gemäss der ursprünglichen FuW-Analyse beläuft sich der zusätzliche Kapitalbedarf der UBS durch eine 100%ige Vollunterlegung der Auslandstöchter auf rund 20 Mrd. $. Bei einer 90%-Quote fällt diese Lücke nur marginal kleiner aus. Die Verpflichtung, CET1 zu halten, könnte auf die Eigenkapitalrendite drücken, muss aber den Spielraum für künftige Dividendenzahlungen und Aktienrückkäufe nicht zwingend einschränken.

Aktie schlägt den Markt

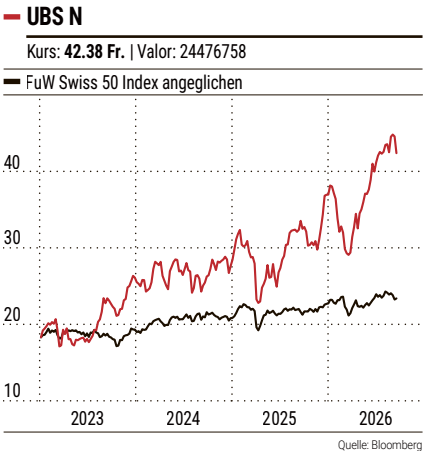
Denn wie die Analysen des Finanzdepartements und unabhängiger Marktbeobachter zeigen, greift die volle Härte der neuen Regeln nicht über Nacht. Der frühestmögliche Starttermin ist 2028, ab dem die neuen Quoten dann während einer Übergangsfrist von sechs bis acht Jahren aus laufenden Gewinnen geschäftsverträglich aufgebaut werden können.

Laut Hegglin habe nach seinem Vorschlag UBS Stand jetzt einen zusätzlichen Kapitalbedarf von lediglich 9 Mrd. $, wenn man ihre Gesamtkapitalsituation betrachtet, inklusive Puffer und Reserven für Dividenden und Aktienrückkäufe.

Die UBS-Aktie handelte während der gesamten Debatte mit leichten Gewinnen von knapp unter 1%. Seit Anfang Jahr hat sie vor dem Hintergrund starker Geschäftszahlen über 13% zugelegt und damit den breiten FuW Swiss 50 (+1,9%) klar hinter sich gelassen. Seit ihrem Jahreshoch vom 8. September hat sie allerdings über 6% eingebüsst.

Ob der Markt hier bereits einen Ständeratsentscheid vorweggenommen hat, wird sich kommende Woche zeigen müssen. Mitverantwortlich für den jüngsten Abgabedruck waren auch enttäuschende Ertragssignale aus dem US-Banking-Sektor, wo Aussagen zum schwächeren Handelsgeschäft die Stimmung branchenweit belasteten. In der Folge schwappte die Konsolidierungswelle von den Wallstreet-Grossbanken auch auf die europäischen und Schweizer Finanzwerte über.

Besonders treffend kommentierte SVP-Ständerat Jakob Stark jedenfalls, dass es unterdessen vielleicht gar nicht mehr darum gehe, was man entscheide. Sondern vielmehr, dass man endlich entscheide. Denn Unsicherheit und offen ausgetragene Machtkämpfe zwischen den Institutionen seien für alle schlecht. Zu Recht riet er daher der kleinen Kammer: «Entspannen Sie sich alle etwas.»



Alle Finanzdaten zu UBS im Online-Aktienführer:
www.fuw.ch/UBSG